

Europa? Europa!

Die EU steckt in ihrer bisher schwersten Krise. Die Wirtschafts- und Finanzkrise schlägt immer neue Wellen. Die Versuche diese Krise zu bewältigen, rufen soziale Unruhen in den besonders betroffenen Ländern hervor. Professor Werner Weidenfeld, einer der europapolitischen Vordenker, schreibt von einer „Misstrauensgesellschaft“, zu der Europa gerade mutiere; die Verfahren der Demokratie und des Rechtsstaates seien den EU-Bürgern fremd geworden.

Das Europa-Forum der Europäischen Föderalisten versammelte in Neumarkt engagierte Europaaktivisten und namhafte Experten. Dabei ergaben sich nicht nur eine Analyse, sondern auch Antworten zur Bewältigung der schwierigen Situation. Die vorliegende Ausgabe der Europastimme dokumentiert das.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass koordiniertes Handeln und neue gemeinsame Regeln dringend notwendig sind. Das unkoordinierte Krisenmanagement der EU sorgte in der Vergangenheit für große Unsicherheit. Hier darf sich kein Mitgliedsland ausnehmen, weil niemand in der Lage ist, die Auswirkungen der Krise alleine zu bewältigen. Ein Bericht des Europäischen Parlaments kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

- Die Krise hat deutlich Mängel an Vertrauen, Zuversicht und Weitblick der EU aufgezeigt.
- Das Zusammenspiel der globalen Volkswirtschaften ist zu wenig koordiniert.
- Währungskriege müssen verhindert werden. Bis dato fehlen einheitliche Regeln im multilateralen Handelssystem.
- Es müssen notwendige Schritte im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit gesetzt werden. Sämtliche EU-Richtlinien müssen auf die Erfüllung der EU2020-Strategie abzielen.

Diesen pragmatischen Vorschlägen aus dem Inneren der EU stehen radikale Vorschläge ge-

genüber: Die Situation sei so verfahren, dass über weit größere Schritte nachgedacht werden müsse. Die bestehenden Strukturen seien nicht reformierbar, die EU müsse neu gegründet werden, mit gemeinsamer Haushaltskontrolle und Durchgriffsrechten bei nationalen Fehlentwicklungen. Anders als beim jetzigen Modell der „Wirtschaftsregierung“ müsse diese zentrale Verwaltung in ein demokratisches Modell aus parlamentarischer und gerichtlicher Kontrolle eingebettet werden.

Neugründung oder Reform, die EU ist jedenfalls auf einem Scheideweg: Entweder wir entscheiden uns, neue Schritte der Integration zu setzen, oder die EU zerfällt, nicht nur aufgrund der bestehenden wirtschaftspolitischen Divergenzen, sondern auch aufgrund des Vertrauensverlustes bei den Menschen.

Letztlich müssen wir uns aber auch in der jetzigen Krise die Frage stellen: **Was ist uns Europa wert?** Was ist es uns wert, quer durch Europa ohne einen einzigen Grenzzaun fahren zu können? Was ist es uns wert, überall in Europa studieren zu können? Was ist es uns wert, ohne Kriegsangst oder Bedrohung durch unsere Nachbarn leben zu können?



Das Europa-Forum Neumarkt bietet stets auch Anlass, engagierte Europaaktivisten auszuzeichnen (siehe Seite 10).

■ Eine starke Sozialpartnerschaft für Europa



Europa durchlebt eine Zeit des Wandels. Auch wenn sich die Konjunkturaussichten nach der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder aufhellen dürften, darf das

nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir mit vielerlei Risiken umzugehen haben. Dabei geht es nicht nur um die Turbulenzen und Unsicherheiten rund um den Euro. Durch die jüngsten politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklungen in Nordafrika, den USA oder auch in Japan stehen wir alle auch vor neuen Risiken welt-politischer Dimension.

Europa muss sich in Zukunft ins globale Spiel einbringen

Umso wichtiger ist es, in Europa alle Weichen in Richtung Stabilität und Wachstum zu stellen. Dazu brauchen wir heute und in Zukunft die richtigen Rahmenbedingungen. Europa muss sich in Zukunft noch viel stärker ins globale Spiel mit einbringen. Dieser Appell richtet sich in erster Linie an die Politikerinnen und Politiker der Mitgliedstaaten, doch wir alle sollten uns davon angesprochen fühlen: Nur

gemeinsam können wir mitgestalten, es gilt internationale Kooperationen zu verstärken und Kräfte zu bündeln, um ein soziales und wirtschaftlich starkes Europa abzusichern.

Den Sozialpartnern kommt diesbezüglich sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene eine ganz wesentliche Rolle zu: Sie zeigen immer wieder mit zielgerichteten Reformvorschlägen auf und sollten dies in Zukunft noch viel stärker tun.

Die österreichische Historie zeigt, wie unerlässlich das sozialpartnerschaftliche Prinzip ist. Die OECD bescheinigt Österreich dort positive Entwicklungen, wo die Sozialpartner tätig sind – Beschäftigung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Internationalisierung-, demgegenüber aber schlechte Entwicklungen, wo die öffentliche Hand wirkt, etwa im Bereich des Pensions-systems oder im Gesundheitswesen.

Der Hintergrund ist klar

Wir brauchen ein „Mehr“ an Europa, eine Vertiefung des wirtschaftlichen und sozialen Dialogs auf europäischer Ebene, wenn wir auf unserem Kontinent langfristig Wachstum, soziale Stabilität und Beschäftigung sichern wollen. Die Sozialpartner sind hier gefordert, mehr

Abkommen auf europäischer Ebene anzustreben. Umgekehrt ist auch die europäische Ebene aufgefordert, die Expertise der nationalen Sozialpartner und Wirtschaftskammern für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung zu nützen und sie in einen ehrlichen Dialog mit den europäischen Institutionen – vor allem EZB, Eurogruppe – einzubinden.

An einen Tisch setzen

Auch was die aktuellen Turbulenzen auf den Finanzmärkten und die Griechenland-Krise betrifft, sollten sich die nationalen Sozialpartner und Wirtschaftskammern gemeinsam mit EZB und dem Vorsitzenden der Eurogruppe an einen Tisch setzen, um miteinander Leitlinien zu diskutieren, Kritik und Änderungsnotwendigkeiten einzubringen.

Nur wenn es uns gelingt, einen makroökonomischen Dialog im Euroraum in Gang zu setzen, um wirtschaftliches Wachstum zu fördern, können wir langfristig auch soziale Sicherheit gewährleisten - nach dem Motto „Geht's der Wirtschaft gut – geht's uns allen gut“.

Dr. Christoph Leitl,
Präsident der

Wirtschaftskammer Österreich

■ Projekt Europa sichern



Die tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise mit ihren dramatischen sozialen Auswirkungen ist nicht aus heiterem Himmel über uns hereingebrochen. Sie ist

die Folge einer verfehlten Politik von Liberalisierung und Deregulierung, die auch in der EU jahrelang gegen den Widerstand der Gewerkschaften propagiert wurde. Es muss deshalb einen radikalen politischen Kurswechsel in der Europäischen Union geben. Die längst überfällige effektive Regulierung

der Finanzmärkte, starke soziale Mindeststandards und eine koordinierte europäische Politik für Wachstum und Beschäftigung sind die Grundvoraussetzungen für ein Soziales Europa, das von den BürgerInnen auch als „ihr“ Europa erlebt wird.

Nach Jahren einer neoliberal geprägten Politik der EU-Kommission und vieler Mitgliedstaaten markiert die tiefe Krise eine Zäsur für das europäische Projekt: Werden die richtigen Schlüsse aus dem Scheitern des neoliberalen Modells gezogen oder können sich die beharrenden Kräfte und Finanzlobbys ein weiteres Mal durchsetzen? Die der-

zeitige Entwicklung gibt wenig Anlass zu Optimismus. Die Rezepte der EU-Kommission setzen bislang nicht an der Wurzel des Übels an, sondern forcieren eine einseitige Sparpolitik und ein Wettbewerbsmodell, das auf einem Wettlauf um die niedrigsten Löhne, die niedrigsten Unternehmenssteuern und die niedrigsten sozialen Standards basiert. Zu diesem Zweck attackieren einzelne EU-Kommissare sogar bewährte Formen der Sozialpartnerschaft und fordern eine „Dezentralisierung“ der Kollektivvertragsverhandlungen, um die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu schwächen.

Gescheiterte Rezepte

Dieses Modell ist weder nachhaltig noch sozial. Vor den dramatischen Auswirkungen einer einseitigen Sparpolitik haben die Gewerkschaften jahrelang gewarnt – und werden nun bestätigt: Eine dramatisch steigende Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen (45% in Spanien!), sowie immer tiefer in die Rezession und Schuldenkrise abrutschende Mitgliedstaaten zeigen, dass es nur einen Ausweg aus dieser Situation gibt: Eine konsequente Politik für Wachstum und Beschäftigung, die auf sozial abgesicherten Arbeitsplätzen, guten Löhnen und Verteilungsgerechtigkeit basiert. Nur so kann die Kaufkraft gesichert und die Wirtschaft angekurbelt werden.

Koordinierte Wirtschafts- und Sozialpolitik

Tatsächlich befinden sich die Mitgliedstaaten in der EU in einer Art Solidargemeinschaft. Die im EU-Vergleich relativ guten Kennzahlen Österreichs (niedrige Arbeitslosigkeit, ausgebautes Sozialmodell, hohe Lebensqualität) werden sich nur dann sichern und ausbauen lassen, wenn Europa seine soziale Spaltung überwindet und zu einer besser koordinierten Politik findet. Prekäre soziale Bedingungen und eine wirtschaftliche Abwärtsspirale in einigen Mitgliedstaaten werden mittelfristig auch negative Auswirkungen auf die soziale Situation in Österreich haben. Wir brauchen daher keine aufoktroierte EU-Wirtschaftsregierung, sondern eine stärkere politische Koordinierung im Sinne einer europaweiten Investitionsstrategie für Wachstum und Beschäftigung sowie am-

bitionierte soziale Mindeststandards auf hohem Niveau. Der Stillstand in der europäischen Sozialpolitik der letzten Jahre muss endlich überwunden werden, um soziales Dumping effektiv zu bekämpfen!

Finanzmärkte effektiv regulieren

Unverzichtbare Voraussetzung für dieses Modell eines Sozialen Europas ist aber die längst überfällige Regulierung der Finanzmärkte. Die bisherigen Bemühungen waren bestenfalls ein erster bescheidener Schritt, wie die fortgesetzte und ungehemmte Spekulation gegen ganze Mitgliedstaaten und den Euro zeigt. Ein wichtiger Beitrag dazu wäre die Einführung der Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene: Bereits durch eine minimale Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen würden kurzfristig spekulative und computergestützte Transaktionen unattraktiver gemacht und ein Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte geleistet. Zudem würde diese Besteuerung dringend benötigte Einnahmen bringen, um die nationalen Budgets zu stabilisieren, die durch die Rettungspakete für den Finanzsektor unter massiven Druck geraten sind. Denn ein genauer Blick auf die Haushaltsentwicklung zeigt: Es geht weniger um ein Ausgaben- als um ein Einnahmenproblem. So könnte beispielsweise Spanien einen Budgetüberschuss von 2,4% erwirtschaften, wenn die Steuerquote dem Durchschnitt der Eurozone angepasst werden würde, wie die OECD kürzlich errechnet hat. Deshalb muss auch in der EU dringend eine Verteilungsdebatte geführt werden. Vermögenssteuern, die höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen und die erwähnte Finanztransaktionssteuer

sind ein Schlüssel für eine sozial gerechtere Europäische Union.

Projekt Europa sichern

Der europäische Binnenmarkt darf nicht zum alleinigen Maßstab der EU-Politik werden. Sozialpolitischer Stillstand und skandalöse EuGH-Entscheidungen, die soziale Standards zunehmend in Frage stellen, führen zu einer Abkehr der BürgerInnen vom Projekt Europa. Der ÖGB und die europäischen Gewerkschaften haben sich dagegen stets für ein starkes, solidarisches und soziales Europa eingesetzt. Mit der Verankerung einer Klausel für den sozialen Fortschritt im Primärrecht, die den Vorrang sozialer Grundrechte vor den wirtschaftlichen Grundfreiheiten gewährleistet, wäre ein großer Schritt Richtung eines Sozialen Europas für die BürgerInnen und die Rechte der ArbeitnehmerInnen gemacht.

Das Projekt Europa ist mehr als ein entfesselter und deregulierter Binnenmarkt. Niemand wird sich für ein Europa begeistern, in dem die sozialen Grundrechte und soziale Mindeststandards eine untergeordnete Rolle spielen. Daher braucht Europa dringend den hier skizzierten Politikwechsel und eine neue, soziale Vision: Die Interessen der ArbeitnehmerInnen und der Realwirtschaft müssen endlich in den Mittelpunkt rücken, denn sie sind die wahren Stützen des europäischen Modells, nicht aber die Finanzlobby.

*Erich Foglar,
Präsident des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes*

Versicherungsagentur Manfred Knauder

8820 St. Marein 20 · Tel. 0676 9255 855 · E-Mail: knauder@aon.at



Filiale
Hauptplatz 4 / Bürgergasse 19
A - 8330 Feldbach
Tel.: 05 05 05-29530

Das diesjährige Internationale Minderheitenseminar der Europäischen Föderalistischen Bewegung konzentrierte sich auf „Volksgruppen und ethnische Minderheiten in Österreich und das EU-Antidiskriminierungsrecht“. Dazu konnte Max Wratschgo Delegationen aus Italien, Rumänien, Ungarn, Slowenien, der Slowakei und aus Österreich im Europahaus Neumarkt willkommen heißen.

Nach einleitenden Worten zum Thema „Recht als politisches Instrument“ von **Dr. Heinz Tichy**, betonte **Univ.-Doz. Dr. Albert F. Reiterer**/Wien, über „Die Einflussmöglichkeiten der Rechtsordnung auf rassistische Tendenzen“, dass der Staat zwar Rechtssysteme schaffe, doch damit nicht auch Gerechtigkeit. Im Wesentlichen hätten die Menschenrechte nur im Westen Rechtsqualität. Derzeit bilde sich ein übernationales System heraus. In einer sehr angeregten Diskussion wies Landtagspräsident a.D. Josef Schantl darauf hin, dass das Zusammenwachsen Europas dadurch erschwert werde, dass die Staaten all ihre Probleme mitgebracht hätten.

Dr. Heinz Tichy/Wien sprach über „Ethnische Diskriminierung“ und die beschränkten Möglichkeiten der Gleichbehandlungskommission; die bisher behandelten Fälle ethnischer Diskriminierung betrafen kaum die Volksgruppen in Österreich, zumeist hingegen Farbige (z.B. verweigerter Einlass in Diskotheken).

Ein ebenso eindrucksvolles, wie begeisterndes Bild ihrer Heimat „Eine Volksgruppe in Rumänien und ihre Verbundenheit zu ihren Wurzeln: die Banater Berglanddeutschen“ entwarf **Edith Guip-Cobilanschi** aus Temeswar/RO. Oft hätte sie schon geglaubt, vergessen zu sein.

Das Jahr 1990 brachte nach Enteignungen und Abwanderungen die Wende. Die Steiermark und der Alpenländische Kulturverband unterstützen die Berglanddeutschen mit drei „Marshallplänen“. Es entwickelte sich ein reges Kulturleben. Inzwischen sind 256 Ausgaben der Monatszeitschrift „Echo“ erschienen.

Gemeinsam für Europa

Der Vorsitzende, des Erwachsenen- und Kulturvereines „Deutsche Vortragsreihe Reschitza“ **Erwin Tigla**, überreichte eine Dokumentation über 20 Jahre Zusammenarbeit mit der EFB und dem Europahaus Neumarkt. Gleichzeitig wurde eine von Erwin Tigla zusammengestellte Bilderausstellung

eröffnet, die eine sehr umfangreiche Arbeit über 20 Jahre Zusammenarbeit aufzeigte. Gedanklich, wie auch grafisch originell präsentierte Erwin Tigla auch eine Postkarte mit Sonderstempel. Die Ausstellung wurde von Bürgermeister **Reinhardt Racz** eröffnet.

Kroaten in Wien

Zum Thema „Kroaten in Wien: Zuwanderung und Autochthonie“ referierten **Petar Tyran** und **Gabriele Novak-Karell** vom Burgenländisch-Kroatisches Zentrum in Wien. Wurden unter den „Kroaten in Wien“ lange nur die Burgenland-Kroaten verstanden, so haben sich schon vor einigen Jahrzehnten durch Zuwanderung aus Jugoslawien bzw. Kroatien etliche Vereine, die diese (ehemaligen) Zuwanderer vertreten, gebildet. Die sich in letzter Zeit entwickelnden Kontakte zwischen den „autochthonen“ Kroaten und den Zuwanderern und die sich daraus ergebenden Fragestellungen wurden von den beiden Vortragenden anschaulich dargestellt.





Europa lebt doch

Nach einem umfassenden „Überblick über das EU-Antidiskriminierungsrecht und die Antirassismus-Richtlinie“ vom Leiter der EU-Vertretung in Österreich, **Mag. Richard Kühnel**, kam zur Sprache, dass ca. 10 Mio. Roma ausgegrenzt werden. Gleichzeitig betonte Kühnel, auf europäischem Boden will man verstärkt Bewusstseinsarbeit leisten. Damit hat die vielfach schon totgesagte Europäische Union ein kräftiges Lebenszeichen von sich gegeben.



Ortstafelfrage

Der Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen in Kärnten, **Dr. Marjan Sturm**, plädierte für eine Lösung der Kärntner Ortstafelfrage und berichtete über die „Kärntner Plattform“. Auch das Europahaus Neumarkt, welche sich seit Jahrzehnten mit dieser Frage beschäftigt, ist Mitglied. Die Ortstafelfrage konnte inzwischen einvernehmlich gelöst werden.

Diskriminierung

Die Roma zählen zu den diskriminiertesten Volksgruppen Osteuropas. Die Studenten am Lehrstuhl Romolog, Pécs/Ungarn, **Fruzsina Frank** und **István Kalányos**, schilderten ihr Bild und ihre Erfahrungen zum Thema „Die Roma in Ungarn und in der Slowakei Tatsachen und Vorurteile“.

Agnes Horvathova vom Romahaus Bratislava/Pressburg zeichnete ein düsteres Bild ihrer Landsleute. Im Zweiten Weltkrieg sind über 300.000 Roma in den KZs ermordet worden. Nach der Wende 1989 war es ihnen immerhin möglich, sich zu ihrer Identität zu bekennen. 80% der Roma sind sozial vom Staat abhängig. Zuletzt litten die Roma unter den Angriffen der Skinheads, die oft mit dem Tod endeten. Horvathova hat um Verbesserung des medialen Bildes der Roma geworben.

Der Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma, **Prof. Rudolf Sarközi**/Wien hielt zur Diskriminierung der Roma mit Nachdruck fest: „Wir sind keine Taugenichtse, wir wollen einen festen Platz in der Gesellschaft“. Er betonte, dass die Ausbildung entscheidend sei. Erfreulicherweise gebe es in Österreich Hilfe vom Staat. Sarközi, der auch international tätig ist, übte Kritik an seinem Namensvetter in Frankreich, der im Vorjahr tausende Roma deportieren ließ und weitere ausweisen lassen will.

Resolution für Roma

Die Teilnehmer am Minderheitenseminar im Europahaus in Neumarkt haben mit Betroffenheit Berichte über die Lage der Roma in Ungarn und der Slowakei aufgenommen. In einer beim Seminar einstimmig gefassten **Resolution** wird die Bundesregierung dringend gebeten, ihren Einfluss bei den Nachbarstaaten zu verstärken, um die Lebenssituation der Roma zu verbessern. Gleichzeitig wird die Bundesregierung ersucht, ihren Einfluss bei der Lösung in der Romafrage auch in der EU nachhaltig geltend zu machen.



Zum fixen Bestandteil des Minderheitenseminars gehört die öffentliche Hl. Messe am Pfingstsonntag im Europahaus, die vom Kirchenchor St. Marein umrahmt wurde.



Für die langjährige Treue zur Marktgemeinde Neumarkt überreichte GR Michael Kribitz die Ehrenurkunde mit Abzeichen in **Silber** an Edith Cobilanschi-Guip, Yvonne Christa Demenyi und Ana Țigla aus Reschitza/Rumänien sowie an UProf. Dr. Robert Kostka und Dr. Helga Kostka, Graz. **Gold** erhielten Lorenzo Marini und Annamaria Marini, Lusiana/Italien.



Aus Anlass der 20jährigen Zusammenarbeit wurden Schmankerl aus der Banater Bergland-Küche von den Reschitzaer Damen serviert.

ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der

»OBSERVER«

ÖSTERREICHS VOLLSTÄNDIGSTER MEDIENBEOBACHTER
SEIT 1896

Web: www.observer.at Fon: 01 213 22 *0

„Inclusion - Exclusion: Randgruppen in Europa“ war das Thema einer Europäischen Jugendbegegnung, die der Bund Europäischer Jugend vom 08. bis 15. Juli 2011 im Europahaus Neumarkt durchführte. Über die Diskriminierung von Randgruppen am Beispiel der Roma in Europa diskutierten über 60 Jugendliche aus 7 europäischen Ländern. Sie bereiteten das Thema in gruppendynamischen Aktivitäten und Workshops (Theater, Musik, Medien) auf.

Morde an Roma in Ungarn 2009, die Ausweisungen von Roma aus Frankreich im Jahr 2010 und nicht zuletzt die Diskussionen um das Bettelverbot hat einerseits den alten Vorurteilen neuen Nährboden verschafft, hat aber auch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die unerträglichen Lebensumstände der Roma in den neuen EU-Mitgliedstaaten und den Ländern des Balkan gelenkt.



Die Jugendbegegnung wurde vom EU-Programm „Jugend in Aktion“ gefördert.



Bei einem interkulturellen Abend stellten die Jugendlichen sich, ihre Herkunftsländer und ihre Aktivitäten in sehr unterschiedlichen Darstellungen öffentlich vor. Österreich wurde kulturell von den „Neumarkter Buam“ mit Schuhplatteln präsentiert.



Steiermärkische
SPARKASSE 

■ Das Geld der EU: Wieviel? Wofür?

Die Europäische Kommission hat am 20. Juni eine Mitteilung zur mittelfristigen Finanzplanung der EU für die Jahre 2014 – 2020 vorgelegt. Das diesjährige Europa-Forum Neumarkt vom 15.-17. Juli nahm in diesem Jahr diesen Vorschlag zum Anlass einer Bestandsaufnahme und Bewertung der europäischen Ausgabenpolitik. Mehr als 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Ungarn, Rumänien, Slowenien, Tschechien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Österreich diskutierten im Europahaus Neumarkt Steiermark mit hochrangigen Politikern und Wissenschaftlern die verschiedenen Aspekte des Themas.

EFB-Präsident Dr. Friedhelm Frischenschlager bedauerte in seiner Begrüßung, dass fast jede Debatte über die EU auf den Finanzaspekt reduziert wird und stellte die Frage, welche Auswirkungen die doch erheblichen Fördermittel der EU über die Jahre hinweg in der Praxis bewirkt hätten.

Nationale Haushalte 40 Mal größer

Die Ziele des Europäischen Parlaments für die Finanzplanung nach 2013 erläuterte Dr. Paul Rübzig, Mitglied des Europäischen Parlaments. Die Position seiner Institution in dieser Frage sei insofern von besonderer Bedeutung, weil die EU-Staaten nach den neuen Bestimmungen des Vertrags von Lissabon erst nach Zustimmung des Europäischen Parlaments über das Finanzpaket einstimmig entscheiden können. Die Kommission habe nunmehr ihren Vorschlag für die Finanzperiode 2014 - 2020 vorgelegt, der vom Europäischen Parlament in den großen Linien unterstützt werde. Aus Sicht der EU-Bürgerinnen und -Bürger sei das Geld in der EU gut investiert. Dabei sei zu beachten, dass der EU-Haushalt nur etwas mehr als ein Prozent des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten ausmache. Zum Vergleich sei darauf hinzuweisen, dass die nationalen Haushalte einen Anteil von etwa 40 Prozent dieses Einkommens umfassen.

Besonders warb Dr. Rübzig um Unterstützung für die Vorschläge der Kommission zur künftigen Finanzierung der EU. Durch die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer und eines größeren EU-Anteils an der Mehrwertsteuer könnten die nationalen Beiträge an die EU deutlich verringert und der derzeitige Streit um die



Nettozahlerrolle einiger EU-Mitglieder zurückgedrängt werden. Derzeit würden Widerstände gegen die Steuerpläne in verschiedenen Mitgliedstaaten - unter anderem in Großbritannien und Deutschland - erkennbar. Doch würden nunmehr die Verhandlungen und auch die Überzeugungsarbeit in dieser Frage beginnen. Ziel sei es, die Neuerungen im Jahr 2018 einzuführen.

Auch künftig Strukturförderung

Mit der Zukunft der EU-Strukturförderung befasste sich der Leiter der Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich, Mag. Richard Kühnel. Dabei stellte er heraus, dass bewährte Ziele und Verfahren beibehalten werden sollen. Wichtig für Österreich sei es, dass auch künftig alle Regionen Zugang zur EU-Förderung

erhalten sollen. Neue Akzente würden aber insofern gesetzt, als es eine verbesserte Förderung für die Transeuropäischen Netze u.a. in den Bereichen Strom, Gas und Verkehr geben soll. Neu sei auch die verstärkte Förderung von sogenannten Zwischenregionen, deren Einkommen zwischen 75 und 90 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Wie bisher schon sollen auch künftig bei der Strukturförderung die strukturschwächsten Regionen mit einem Einkommen unter 75 Prozent im Vordergrund stehen. Stärker als bisher soll aber auch die Vorgabe strategischer Ziele im Vordergrund stehen, auf deren Einhaltung von der Kommission sehr strikt geachtet werde. Derartige Ziele seien die Schaffung von Arbeitsplätzen, Steigerung der Energieeffizienz etwa durch Gebäudesanierung, Forschung und Verbesserung der Bildung.

Marktgemeinde Neumarkt
Versorgungsbetriebsges.m.b.H

Freimoosstraße 24
8820 Neumarkt
Tel. 03584/2255
Fax 03584/2255-13
e-mail: office@ew-nmkt.at



Elektrizitätsversorgung
Freileitungsbau
Elektroinstallationen
Elektrogerätehandel
Sat-TV-Video

ATU-29450803
DVR-0996122
FN 81101t - Landesgericht Leoben

Soziales Europa am Podium

Der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, **Erich Foglar**, wies einleitend darauf hin, dass es zur EU-Mitgliedschaft Österreichs keine Alternative gebe. Die Stellung des Landes in der EU sei hervorragend. Auch wegen der hierzulande sehr gut funktionierenden Sozialpartnerschaft sei man gut aus der Krise herausgekommen. Allerdings seien die Kompetenzen der EU in der EU-Sozialpolitik aus Gewerkschaftssicht noch allzu begrenzt. Sozialpolitische Anliegen dürften nicht den Grundfreiheiten der EU untergeordnet werden. Gewerkschaftspräsident Foglar forderte zudem die im Vertrag von Lissabon eingeführte Sozialklausel, wonach alle neuen EU-Rechtsakte auf ihre sozialen Auswirkungen geprüft werden sollen, entschlossen zu nutzen.

Abschließend wies Foglar darauf hin, dass es gelingen müsse, in der EU der Realwirtschaft wieder vor der Finanzwelt Vorrang zu verschaffen. Die Gefahren durch die „Finanzjongleure“ würden das gesamte europäische Projekt in Gefahr bringen.

Der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, **Dr. Christoph Leitl**, wies zu Beginn seiner Ausführungen auf die überzogenen Befürchtungen im Hinblick auf die Öffnung der Arbeitsmärkte gegenüber Arbeitnehmern aus den osteuropäischen neuen EU-Staaten am 1. Mai diesen Jahres hin. Wie er sich persönlich im Burgenland überzeugt habe, sei der vorhergesagte Ansturm ausgeblieben. Das europäische Sozialmodell müsse weiterhin verbessert und die europäischen Werte müssten

auch auf dem Feld der Sozialpolitik weiterentwickelt werden. Hierzu müsse der europäische Einigungsweg entschlossen fortgesetzt werden. Die 17 Länder des Euroraums müssten unter Mitwirkung der Sozialpartner voran gehen. Im Vertrag von Lissabon sei die Stellung der Sozialpartner gestärkt worden. Diese müssten jetzt ihre Rolle entschlossen spielen und den im Vertrag vorgesehenen Dialog im Interesse der Arbeitnehmer führen. Ziel der Sozialpartner sei Vollbeschäftigung auf der Grundlage eines soliden Wirtschaftswachstums. Die EU habe mit der Agenda Europa 2020 eine gute Vorgabe geliefert.

In der Abschlussdiskussion wies ÖGB-Präsident Foglar auf das Versagen der Politik in der zurückliegenden Finanz- und Wirtschaftskrise hin. Man habe aus den Fehlern nicht gelernt. Aus der Finanzkrise sei eine Wirtschaftskrise geworden, die nunmehr zur Sozialkrise zu werden drohe. Präsident Leitl unterstrich das Ziel, neue sozialpolitische Regeln in der EU durch Vereinbarungen der Sozialpartner zu erreichen. Dies sei für die Akzeptanz der EU insgesamt von großer Bedeutung.

Euro-Staaten Rettungsschirme

Mit den Finanzierungsmechanismen der EU für Staatsschuldenkrisen befasste sich **Mag. Franz Nauschnigg**, Leiter der Internationalen Abteilung der Österreichischen Nationalbank. Hinsichtlich der aktuellen Diskussion um die Stabilität des Euro unterstrich Nauschnigg, dass sich der Euro seit seiner Einführung bewährt habe. Der

Außenwert sei gestiegen und die Inflation geringer als zu Schilling-Zeiten. Allerdings schütze der Euro nur vor Währungskrisen, nicht aber vor Banken- und Staatsschuldenkrisen. Handlungsbedarf habe sich aus der hohen Verschuldung und aus den Banken- und Fiskalkrisen u.a. in Griechenland, Portugal und in Irland ergeben. Die EU-Staaten hätten zu deren Überwindung mehrere Rettungsschirme beschlossen. Deren Ziel sei es, die krisenhaften Folgen zu mindern und den Euro insgesamt zu stabilisieren. Wichtig sei es in diesem Zusammenhang, dass sich der Internationale Währungsfonds IWF daran beteiligt habe.

Weiters wies der Referent auf die immer noch bestehenden erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen der EU hin, die es zu meistern gelte: Krisenmanagement, Regulierung des Finanzsektors, Finanztransaktionssteuer, Regulierung der Rating-Agenturen, Fiskalkrise sowie die globalen und die europäischen Ungleichgewichte. Die Einführung des Euro sei im Interesse Österreichs wie auch die EU-Mitgliedschaft insgesamt. Österreichs Nettobeitrag zur EU, der seit dem Beitritt 1995 jährlich die überschaubare Summe 300-500 Euro betrage, sei gut angelegt.

Britische Position zum EU-Haushalt

Der britische Botschafter in Österreich **S.E. Simon Smith** bekannte zu Beginn seiner Ausführungen, ein „europäischer Enthusiast“ zu sein. Die britische Regierung sei bekanntlich pragmatisch eingestellt und würde die eingegangenen Verpflichtungen



Mag. Franz Nauschnigg



Dr. Paul Rübiger



S.E. Simon Smith



Dr. Albrecht Rothacher



Dr. Otto Schmuck

getreulich erfüllen. Allerdings würde sie die Zukunftsperspektiven der Kommission zum EU-Haushalt in einer skeptischen Grundhaltung angehen. Die vorgeschlagenen Erhöhungen des EU-Budgets seien aus britischer Sicht nicht akzeptabel, doch setze man auf einen akzeptablen Kompromiss. Zusammen mit anderen Nettozahlern in der EU habe der britische Premierminister einen Brief an Kommissionspräsident Barroso gerichtet, in dem auf einen Sparkurs gedrängt wurde. Grundsätzlich könnten die inhaltlichen Ziele der Kommission in ihrer nunmehr vorgelegten Mitteilung zur mehrjährigen Finanzplanung 2014 – 2020 mitgetragen werden, doch sei das vorgesehene Finanzvolumen zu groß.

In der Diskussion wurde die Frage nach dem britischen Rabatt gestellt. Botschafter Smith vertrat die Auffassung, dass es sich hier nicht um einen Rabatt, sondern um eine Korrektur handelte. Über die Zeit hinweg sei diese bereits zum Teil abgeschmolzen worden, aber solange die Agrarreform nicht entschlossen angegangen werde, müsse dieser Korrekturmechanismus bestehen bleiben. Hinsichtlich des Kommissionsvorschlages zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer sei die britische Haltung ablehnend, da Verzerrungen hinsichtlich des britischen Finanzplatzes befürchtet werden. Vorstellbar seien jedoch EU-Einnahmen aus erneuerbarer Energie und Klima.

Neuer Auswärtiger Dienst der EU

Im Zusammenhang mit dem neuen Finanzpaket der EU wird auch über die Ausgaben für die Außenpolitik der EU verhandelt. Ein neues Element in diesem Zusammenhang ist der neue Auswärtige Dienst der EU, der erst mit dem Vertrag von Lissabon geschaffen und vor weniger als einem Jahr eingerichtet wurde. **Dr. Albrecht Rothacher**, Haupt-

verwaltungsrat bei der Europäischen Union, informierte über die Aufgaben und die Zukunftsperspektiven dieses neuen Dienstes. Neu geregelt wurde die Zuständigkeitsverteilung im Hinblick auf diesen Dienst, der nunmehr der Hohen Beauftragten Catherine Ashton zugeordnet ist. Im aktuellen EU-Haushalt seien sechs Mrd. Euro für die auswärtigen Aufgaben eingestellt. Im Hinblick auf die künftigen Finanzplanungen müsse über die künftige Ausgestaltung dieses Dienstes nachgedacht werden. Derzeit seien in der EU-Außenpolitik Koordinierungsprobleme zu beobachten, da in einigen Teilbereichen die Kommission, in anderen der Rat und die Hohe Beauftragte zuständig sei. Die Zusammenarbeit müsse sich erst einspielen.

Rothacher wies darauf hin, dass die EU den Drittstaaten im Handelsbereich und bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern gute Angebote machen könne. Probleme gebe es allerdings bei Fragen der allgemeinen Außenpolitik und vor allem auch in sicherheitspolitischem Bereich.

Was haben wir von Europa?

Das Abschlussforum des diesjährigen Europa-Forums stand unter dem Motto „Kosten und Nutzen der EU – Was haben wir von Europa?“ **Dr. Otto Schmuck**, Leiter der Europaabteilung der Landesvertretung Rheinland-Pfalz

in Berlin, wies auf die vielen überzeugenden Gründe hin, den europäischen Einigungsweg weiterzugehen: Friedenssicherung, Wohlstandsmehrung, gemeinsame Lösung grenzüberschreitender Probleme, Schutz und Wahrung der gemeinsamen Werte und vor allem auch der Wunsch nach guter Nachbarschaft in Europa. In vielen Bereichen gebe es gute Gründe, dass sich die EU finanziell engagiere. Dies gelte u.a. für die Austauschprogramme für Schüler, Studenten und junge Arbeitnehmer. Auch sei es von Vorteil, wenn die EU den Ausbau der transeuropäischen Netze zur Strom- und Gasversorgung finanziell unterstütze. Eine weitere wichtige Aufgabe sei die Strukturförderung besonders der wirtschaftsschwächsten Regionen. In all diesen Bereichen sei der europäische Mehrwert deutlich erkennbar.

Dr. Schmuck schloss seine Ausführungen mit der Aufforderung, die derzeitigen Probleme in der Europäischen Union durch mutige Reformen zu überwinden. Voraussetzung hierfür sei eine sachkundige Information und die Überzeugungsarbeit von Politikern, Wissenschaftlern und auch der europäisch engagierten Bürgerinnen und Bürger. Ein wichtiges Forum hierfür seien die Veranstaltungen im Europahaus Neumarkt. Zu danken sei dabei vor allem auch dem Organisator und geistigen Mentor dieser Veranstaltungen Max Wratschgo.



Romain Durllet †

Der Journalist Romain Durllet aus Luxemburg ist unerwartet am 28. Mai 2011 verstorben. Er war langjähriger und treuer Gast beim Europa-Forum Neumarkt und trat stets als Moderator auf. Über das Europa-Forum hat er stets im Luxemburger Tageblatt groß berichtet. Sein Tod ist für die Europäischen Föderalisten ein großer Verlust.

HOTEL - RESTAURANT - CAFE

CSEJTEI

KOMFORTZIMMER - Ihr Haus im Zentrum der Stadt.

8330 Feldbach, Ungarstraße 12, Tel. 0 31 52 / 22 05, Fax 0 31 52 / 22 05 - 4

■ Ehrungen

Traditionsgemäß zum Europa-Forum Neumarkt fand auch in diesem Jahr eine Festveranstaltung im Schlosshof des Europahauses Neumarkt statt, die im Zeichen zahlreicher europapolitischer Ehrungen stand. **LAG. Max Lercher** überbrachte die Grüße von LH Mag. Franz Voves und gratulierte zum erfolgreichen Verlauf des Europa-Forum Neumarkt.

Die Festrede hielt Wirtschaftskammerpräsident **Dr. Christoph Leitl** zum Thema „Europa? Europa!“ . Er wies darauf hin, dass es derzeit in der EU kaum Anlass zum Feiern gebe. Statt dessen seien harte Arbeit und schwerwiegende Entscheidungen angesagt. Die EU habe in der Vergangenheit gezeigt, dass sie reformfähig sei. Derzeit komme es vor allem darauf an, der Finanzwelt Zügel anzulegen, damit die Wirtschaft insgesamt nicht in Gefahr gerate. Falls wegen des Widerstands einige EU-Staaten nicht zu entschlossenem Handeln bereit seien, sollten die dazu bereiten Euro-Staaten voran gehen. Strukturelle Reformen und weitere Integrationsschritte seien notwendig, damit die EU im globalen Wettbewerb bestehen könne. Die europäische Einigung habe dem Kontinent Frieden, Demokratie und Wohlstand gebracht. Dazu gebe es keine Alternative.

Umrahmt wurde der Festakt von der Schüler-Rockband „The Lemons“ aus Graz und dem Jazzballett aus Kőszeg/ Ungarn.



Goldene EFB-Nadel

Für ihr langjähriges Engagement um die europäische Einigungsidee wurden Bürgermeister **Reinhardt Racz**, Gemeinderat **Wolfgang Griedl**, Neumarkt und Ministerialrat **Dr. Ludwig Follner** vom Bundespressedienst von Präsident **Dr. Friedhelm Frischenschlager** mit der „Goldenen Ehrennadel der Europäischen Föderalistischen Bewegung“ ausgezeichnet.



Mérite Européen

Der Vizepräsident der Stiftung „Merite Européen“, **Peter M. Schmidhuber** (ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission) und die Generalsekretärin **Ingeborg Smith** überreichten an vier Persönlichkeiten die hohe Auszeichnung Mérite Européen. Mit dem Orden in Gold wurde Altbischof **Dr. Maximilian Aichern** ausgezeichnet. Den Mérite Européen in Silber erhielten Stadtrat a.D. **Dr. Rudolf Fischer** aus Dornbirn, Konsulent **Dr. Franz Kremaier** aus Wilhering sowie **Dr. Otto Schmuck** aus Berlin. Die Laudationes hielt EFB-Ehrenpräsident **Dr. Christoph Leitl**.



Altbischof Dr. Maximilian Aichern sprach im Namen aller die Dankensworte und brachte u.a. zum Ausdruck: „Uns ist heute immer mehr bewusst, dass Europa eine Schicksalsgemeinschaft ist. Gegen eine wachsende Politikverdrossenheit und Europa-Skepsis vertrauen wir auf ein gemeinsames Europa mit menschlichem Gesicht, mit einer Seele, wie es **Jacques Delors** einst ausgedrückt hat“. Er wünschte der Europäischen Föderalistischen Bewegung (EFB), dem Bund Europäischer Jugend (BEJ) und dem Europahaus Neumarkt weiterhin Erfolg beim intensiven Einsatz für die Europäische Gemeinschaft, für Toleranz und Solidarität, für Freiheit, Frieden. Seine besondere Anerkennung galt dem Leiter des Europahauses **Max Wratschgo**, sowie der rührigen Seele des Hauses, Verwaltungsdirektorin, **Christa Hofmeister** und gratulierte gleichzeitig zu ihrem 60. Geburtstag.

■ BASTEI

Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit war für 20 Teilnehmer des Freundschaftsvereines BARANYA-STEIERMARK/ BASTEI Anlass, das alljährliche Europahaus-Treffen mit einer Web-Konferenz zu verbinden. Diese wurde am 17. August aus dem Sitzungssaal des Europahauses durchgeführt. Wie der Präsident der BASTEI, Dr. Laszlo Schmidt, anmerkte, kann man kaum sonst wo vorhandene Erfahrungen mit ehrenamtlicher Tätigkeit mit nach Hause nehmen, als von den Europäischen Föderalisten. In der mit starkem Interesse verfolgten Webkonferenz standen Fragen der Finanzierung und wie „Freiwillige“ zu gewinnen sind, im Vordergrund. Eine Umfrage im Jahre 2006 ergab, dass 5% des Bruttoinlandsprodukts in der EU durch „Freiwillige“ produziert wurde.

Die BASTEI-Woche war aber auch durch Schautöpfen mit Zsolt Gradwohl und mit einer Fotoausstellung „Pécs aus der Vogelperspektive“ in der Volksbank Neumarkt geprägt. In den Begrüßungsreden durch den Leiter der Volksbank, Anton Mostegel, und Bürgermeister Reinhardt Racz, konnte festgestellt werden, dass die Kooperation mit dem Europahaus Neumarkt bestens funktioniert und so eine fruchtbringende Zusammenarbeit ermöglicht.

Im Rahmen der Vernissage erhielt Dr. Agnes Schmidne-Peterfi für langjährige Treue zur Marktgemeinde Neumarkt die Erinnerungsurkunde mit Abzeichen. Die Gäste wurden mit ungarischem Kesselpörkelt und Pogatscherl, sowie steirischem Wein bewirtet.



■ Rumänisch-ungarisches Jugendprojekt

Die Freiwilligentätigkeit als Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt ist u.a. das Ziel des BEJ und des Europahauses. Dies war für Christa Hofmeister Anlass, im Europahaus vom 17.-25. August ein Jugendprojekt für Kinder und Jugendliche aus Rumänien und Ungarn durchzuführen. Durch gemeinsame Aktivitäten, Entdecken von Gemeinsamkeiten und bei Ausflügen in der Region, konnten die Jugendlichen sich und ihre Kultur kennenlernen. Beim Empfang des Bürgermeisters Reinhardt Racz in der Marktgemeinde Neumarkt und bei einem Besuch im Caritas-Altenpflegeheim stellten die Gruppen mit Musik und Tanz ihre Länder vor.

■ Vorschau • Vorschau • Vorschau • Vorschau • Vorschau

Freitag, 14.10.2011, 19.30 Uhr, Volkshaus Feldbach, Ringstraße
Feldbacher Europagespräche: „Wird die EU zu einer Transfer-Union? EURO-Rettungsschirme und Finanzmarktregulierung“ mit MMag. Christian Mandl, Leiter der Stabsabteilung EU-Koordination WKO. Michael Grossmann, Landesstellenleiter des Renner-Instituts Steiermark. „Ergebnisse der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft“ mit Barbara Kerner, EU-Büro des Komitates Baranya/H Moderation: Dkfm. Franz Hölzl, München/D

12.11. 19.00 Uhr: Bildungshaus St. Magdalena/Linz,
Kamingespräch „Europa – wie geht es weiter?“

12.11. Kongress der EFB in St. Magdalena/Linz

16.-18.11.2011, Bildungshaus Retzhof bei Leibnitz
 Europaseminar „Migration - die neue gesellschaftliche Herausforderung“ und „Analyse der europäischen Lage“

VOLKSBANK
 AICHFELD-MURBODEN

Volksbank. **Mit V wie Flügel.**



Im Anschluss an den Festakt im Rahmen des Europa-Forum Neumarkt feierten 250 Gäste aus 10 europäischen Ländern den runden Geburtstag von Christine Hofmeister, zu dem sie eingeladen hat. Jugend ist die Zukunft, unterstrich die „Europachristl“ schon bei der Begrüßung zu Beginn des Festaktes. Selbst in der Jugendarbeit „groß“ geworden, treibt sie seit über 40 Jahren die Jugendarbeit voran. Nicht verwunderlich, dass vorwiegend junge Künstler den gesamten Abend umrahmten.



Die Jungen Kulturer Schuhplattler, sind immer wieder Begleiter auch bei internationalen Veranstaltungen.



Matthias Mohos, unser Jung-Europäer, begeisterte mit seiner Schülerband „The Lemons“ das Publikum mit Musik der letzten 60 Jahre.



Kabarettistische Einlagen vom Jazzballett aus Köszeg/Ungarn, unter der Leitung von Csilla Földesi-Németh.



Der ESV Höflach, mit denen unsere Europachristl seit 20 Jahren „theatralisch“ unterwegs ist, überraschten mit den Jacob-Sisters, DJ-Ötzi, Pfarrer Brei, Max Raabe, Andreas Gabalier, mit akrobatischer Einlage der 4 Tenöre und einem zünftigen Marsch der ESV-Dudelsackbläser.



Eigentümer, Verleger, Herausgeber: Europäische Föderalistische Bewegung/Bund Europäischer Jugend.
Redakteure: Christine Hofmeister, Sabine Radl, Daniel Gerer, Günter Lindner, Karl Menzinger, Max Wratschgo, Wolfgang Wratschgo, Fritz P. Mairleitner. Sitz des Verlages: 8330 Feldbach, Jahnweg 5, Tel. 03152/2497, Fax-14, e-mail: office@europajugend.at. Druck: Scharmer GmbH., A-8330 Feldbach, Europastraße 42, www.scharmer.at

Erscheinungsort 8330 Feldbach, Verlagspostamt 8330 Feldbach, P. b. b.

Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl gratulierte der Jubilarin und betonte in seiner Laudatio ihr großes Engagement in der Arbeit für Europa, vor allem ihr idealistisches Wirken im Europahaus Neumarkt, dem Zentrum des europäischen Gedankens.



In eigener Sache: Ich möchte mich auf diesem Weg bei allen Gästen und Freunden für's Dabeisein, für die herzlichen Gratulationswünsche und Geschenke bedanken. Ein Extra-Dank allen Akteuren, die mit ihrem bunten Programm für mehrstündige gute Stimmung sorgten, sowie bei all „meinen“ Mitarbeitern und Helfern, die dem gesamten Umfeld ein rasches und umsichtiges Service boten.

Eure Christa Hofmeister